

38. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 08.05.2025

Frage Nr.: 3181

=====

Stadtv. Schäfer - CDU -

Suchthilfezentrum Niddastraße 76 - II

Die Anzahl an Drogenabhängigen in Frankfurt ist seit Jahren hoch. Die Stadt geht von mindestens 3.500 Personen aus. Ähnlich hoch ist die Zahl der Personen, die die Frankfurter Konsumräume nutzen. Die Mehrheit dieser Nutzer kommt nicht aus Frankfurt. Jetzt plant der Magistrat, ein Crack-Zentrum in der Niddastraße anzusiedeln.

Ich frage den Magistrat:

Wie steht der Magistrat zu der geäußerten Befürchtung, dass durch das neue Crack-Zentrum noch mehr Drogenabhängige nach Frankfurt kommen, und was plant er an neuen Maßnahmen, um die Anzahl der Drogenabhängigen in Frankfurt zu reduzieren?

Antwort:

Wir erwarten nicht, dass das neue Suchthilfezentrum mehr drogenkonsumierende Menschen von außerhalb nach Frankfurt zieht. Drogenkonsumierende Menschen kommen nicht wegen der Hilfeangebote ins Bahnhofsviertel, die Menschen kommen wegen des großen Angebotes an illegalen Drogen. Es ist Aufgabe der Sicherheits- und Ordnungsbehörden, Drogenhandel und Drogenkriminalität zu bekämpfen. Verstärkte polizeiliche Maßnahmen werden ausdrücklich begrüßt.

Das neue Frankfurter Suchthilfezentrum richtet sich an schwerkranke Menschen aus Frankfurt, die sich mehr oder weniger dauerhaft auf den Straßen des Bahnhofsviertels aufhalten. Hierbei handelt es sich laut Zählungen der OSSIP Polizei und von OSSIP Streetwork um ca. 250 Personen.

Ziel ist es, die bislang durch bestehende Angebote nicht erreichten, crackkonsumierenden Menschen zu unterstützen. Mit spezifisch auf ihre Bedarfe zugeschnittenen Angeboten werden sie von der Straße in die Hilfeeinrichtung gelenkt und dort gehalten um sie umfassend zu versorgen und zu stabilisieren. Die Einrichtung ist damit auch die Brücke zu weiterführenden Hilfeangeboten außerhalb des Bahnhofsviertels und außerhalb Frankfurts.

Die Stadt wird weiterhin schwerstkranke Menschen in unseren Hilfeinrichtungen notversorgen. Im Eingangsbereich des Zentrums wird eine sogenannten „Clearingstelle“ eingerichtet: hier wird der Versorgungsbedarf ermittelt und die Personalien werden geprüft. Hilfesuchende, die ihren Wohnsitz außerhalb des Stadtgebiets haben, werden nach einer Notversorgung in ihre Heimatkommune vermittelt. Die Stadt hat darüber hinaus auf mehreren Ebenen andere hessische Kommunen aufgefordert, dringend eigene Hilfestrukturen aufzubauen auch die Landesregierung, sich an den Kosten zu beteiligen. Mit der Stadt Darmstadt hat sich hier bereits eine aktive Zusammenarbeit entwickelt.